

Staatsdebatten im Landtage

125. Sitzung, Dienstag, 17. März 1928, nachmittags 1 Uhr

Zu Beginn der Sitzung gab es eine längere Geschäftsverhandlung. Der Präsident schloß vor, nach der Ablegung der auf der Tagesordnung stehenden kleineren Vorlagen und nach der Rede des Finanzministers zum Haushaltsplan und dann die Sitzung abzubrechen. Die Aussprache über den Etat soll in der morgigen Sitzung, die schon früh 7 Uhr beginnt, stattfinden, und mit ihr zugleich die Beratung von nicht weniger als 38 Anträgen verbunden werden, damit sie einem Wunsch der Fraktionen entsprechend, noch vor Beginn erledigt werden können. Falls die Aussprache morgen nicht zu Ende gebracht werden könnte, würde sie am Dienstag nächster Woche fortgesetzt werden. Donnerstag den 19. März würde ebenfalls eine Sitzung abgehalten, aber mit einer anderen Tagesordnung. Der Kommunist Krenner widersprach dem Vorschlag des Präsidenten, in dem er ein Abschließen der vielen Anträge und Anfragen erfordere. Für die sozialdemokratische Fraktionsminderheit sollte Genosse Lehmann den Antrag, morgen Mittag nur die Etatberatung vorzunehmen und die Anträge und Anfragen in einer weiteren, nach anschließender Sitzung zu behandeln. Weiter beantragte er mit Rücksicht auf die bevorstehende Reichspräsidentenwahl, nächste Woche keine Sitzung abzuhalten. Der Präsident erwiderte, daß er gerade aus Rücksicht auf die linkssozialistische Seite die Anträge und Anfragen mit auf die Sitzung der Mittwoch-Sitzung gesetzt habe.

Schließlich wurden die Anträge Liebmann abgelehnt, worauf vom Vorschlag des Präsidenten Zustimmung wurde.

Auf der Tagesordnung stand zunächst eine Vorlage über die Änderung eines einmaligen Staatsbeitrages für die Jahre 1928/29. Nach der Vorlage sollen 50.000 M. bewilligt werden. Nach kurzer Debatte wurde die Vorlage angenommen. Ein Antrag Dr. Kauter (Dem.), den Beitrag auf 75.000 M. zu erhöhen, ging an den Haushaltsausschuß.

Weiter wird gemäß einer Regierungsvorlage die Gewährung eines Zuschusses an die Grafi-Textilmehlfabrikanten-Gesellschaft in Leipzig in Höhe von 216.887 M. beschlossen, nachdem ein kommunistischer Antrag, diese Gelder für die Beschäftigten zu verwenden, abgelehnt worden war.

Dann soll in sofortiger Schlussberatung das von der Regierung vorgeschlagene Schuländerungsgesetz angenommen werden. Dazu lag ein Änderungsantrag Kagi und Genossen (Soz. Fraktionsminderheit) vor, wonach die bereits früher vom Landtag beschlossene Ermächtigung der Pflichtschulverpflichtung für die Lehrer vom vollendeten 45. (nicht 50.) Lebensjahre in dieses Gesetz aufgenommen werden soll. Dieser Antrag wurde jedoch gegen die Stimmen der Kommunisten und linkssozialistischen abgelehnt, und darauf die Vorlage angenommen.

Darauf wurde die Haushaltsplanberatung mit einer längeren Rede des Finanzministers eingeleitet, nach deren Beendigung die Sitzung ihren Abschluß fand.

126. Sitzung, Mittwoch, 18. März, vormittags 10 Uhr

Das Haus trat heute in die Aussprache über den Haushaltsplan ein. Sie wurde eingeleitet mit einer fast zweistündigen Rede des

Abg. Schürch (Soz. Fraktionsmehrheit):

Der Etat ist zunächst aufgebaut auf den Steuerertrag. Die Steuern können aber nicht alleinhalten als feststehend betrachtet werden. Es ist aber weiter die Frage anzumerken, ob wenn man die Steuern als Grundlage für den gesamten Haushaltsplan ansieht, nicht auch die Frage zu prüfen ist,

wieweit die steuerliche Belastung den sozialen Verhältnissen der einzelnen Bevölkerungsklassen entspricht.

In indirekten Steuern sind jedenfalls nicht geeignet, die Lebenshaltung der unteren Volksschichten zu verbessern, sondern im Gegenteil, sie bedeuten eine große Härte.

Aber auch in der Frage der Lohnsteuer er zeigen sich heute noch außerordentlich große Härten. Es ist festzustellen, daß die Lohnsteuer vom 1. Januar 1924 bis Dezember desselben Jahres von 75 auf 130 Millionen Mark gestiegen ist, der Anteil der Lohnsteuer an dem Einkommensteuer von 4 auf 66 Prozent. Wenn man nun den Anteil am Ertrag aller Steuern berechnet, so findet man, daß derselbe von 15 auf 30 Prozent gestiegen ist. Damit hat

die Lohnsteuer den größten Mehrertrag geliefert.

Im Reichstag wird gegenwärtig ein Antrag verhandelt, der von der sozialdemokratischen Fraktion eingebracht worden ist, er soll dazu beitragen, eine wesentliche Steuerentlastung für die arbeitenden Massen und die unteren Volksschichten zu bringen. Die Reichsregierung will diesen Weg absolut nicht gehen. Während die Sozial-

demokratie beantragt hat, daß der steuerfreie Lohnbetrag von 60 auf 100 M. erhöht werden soll, will die Reichsregierung dazu kommen, nur Rücksicht auf die linderreichen Familien zu nehmen. Diese Regelung würde nur bei einem ganz kleinen Teil der Steuerpflichtigen sozial wirken. Diese Erleichterung käme nicht nur den Kleinverdienenden, sondern auch den Höchstverdienenden zugute. Solch ein Zustand ist nicht haltbar, und wir werden von der Regierung verlangen, daß sie bei der Beratung dieser Vorlage darauf hinwirkt, daß man auf einem andern Wege, und zwar auf dem Wege der Steuerermäßigung, in der Form vorgeht, daß man das steuerfreie Einkommen von 60 auf 100 M. erhöht. Außerdem aber müssen wir verlangen, daß die Frage der indirekten Steuern ebenfalls aufs neue erörtert wird, weil der Verbrauch und die Produktion durch diese zum wesentlichen Teile mit befallen werden. Meine Parteifreunde sind grundsätzlich gegen solche Steuern.

Die gesamte Einnahme des Staates hängt auch sehr viel von dem Geschäftsgang der Industrie, von der Lage der Wirtschaft ab. So kann aber nicht nur Aufgabe des Staates, des Reiches sein, hier Wandel zu schaffen, sondern letzten Endes haben auch die Industrie, die Produzenten die Verpflichtung, einmal nachzudenken, ob ihre Gewinnquote, ihre ganze Berechnungsweise nicht einer gründlichen Revision bedarf. Man muß eine Regulierung der Preise in der Weise vornehmen, daß man

den Inlandmarkt damit beleben kann, indem man den Arbeitern in eigenen Lande die Möglichkeit gibt, Anschaffungen zu machen.

Es würde aber bei einer Nachprüfung der Preise auch zu verzeichnen sein, daß man wieder auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig kann. Es wird heute so dargestellt, als ob die Wirtschaft nur dann wieder in die Höhe kommen könnte, wenn man sich dem Wirtschaftslage loslasse, eine längere Arbeitszeit einführe und die soziale Belastung von den Betrieben mehr und mehr wegnehme. Wir erklären erneut, daß wir

grundsätzlich für Beibehaltung des Achtstundentages sind. Die Industrie hat die Verpflichtung, sich die technischen Neuerungen nutzbar zu machen. Dadurch würde man nicht nur eine Erleichterung für den Arbeiter schaffen, sondern auch die Produktion wesentlich erhöhen.

Eine andre außerordentlich wichtige Frage betrifft den Wohnungsbaun.

Die Wertaufwertungssteuer

in der gegenwärtigen Gestalt und auch auf der Grundlage, auf der sie ausgebaut ist, ist nicht geeignet, in absehbarer Zeit die Wohnungsnot zu beheben, sie kann nur ein Behelfsmittel sein. Man wird die Frage zu prüfen haben, ob man die Wertaufwertungssteuer nicht auf andere Grundlage aufbaut, um so die Möglichkeit zu schaffen, speziell in den Gemeinden, wo die Wohnungsnot am größten ist, helfen einzugreifen. Es wird auch die Frage zu prüfen sein, ob der Staat nicht sich ausdauern lassen muß, Mittel zur Verfügung zu stellen, um jetzt helfend einzugreifen. Wir wissen, daß man im Reich die Möglichkeit hat, die Wertaufwertungssteuer so schnell wie möglich abzubauen. Welche Stellung nimmt die sächsische Regierung zum Vorgehen des Reichs in dieser Beziehung ein?

Der Redner wendet sich dann den einzelnen Staatskapiteln zu und fragt, ob es richtig ist, daß der sächsische Staat mit seinen Schulden im höchsten Maße, daß das Elter sollte endlich so aufgelöst werden, daß es den wirklich Kranken und Erholungsbedürftigen, den Wunderebenen, ebenfalls zur Verfügung gestellt werden kann. Hat der Staat die Frage nachgeprüft, ob das Bad Brambach nicht ebenfalls unsern Elterabend oder unsern Staatsnutzen gemacht werden könnte? Die Verhältnisse liegen dort wohl so, daß die Frage sehr wohl einer Nachprüfung wert wäre, weil wir dadurch ganz erheblich an Ausdehnungsmöglichkeiten gewinnen, und vielleicht auch solche Pläne, wie die Kranken- und andere Institute jetzt haben, ausführen können.

Die staatlichen Verkehrsmittel scheinen sich im günstigen Sinne weiterzuentwickeln. Immerhin wird man auch über das, was im Haushaltsplan vorgesehen ist, noch hinausgehen müssen, soweit die Ausbreitung des Kraftwagenverkehrs notwendig ist.

Bezüglich der Straßenbahnen müßte die Frage geprüft werden, ob, soweit sie im Stadtgebiet liegen, dieselben nicht einheitlich in den Besitz der Stadt überzuführen sind. (Sehr richtig!) Soweit Straßenbahnen außerhalb des Stadtgebietes liegen, hat der Staat Ausdehnungsmöglichkeiten genug. Es wird dadurch nicht nur die einheitliche Preisgestaltung, sondern auch der einheitliche Verkehr in weitem Umfange garantiert werden können.

Zur Justiz bringt der Redner zum Ausdruck, daß die Mehrzahl der Richter und Staatsanwälte in unserm Freistaat den

lauteren Charakter haben möchten, von dem der Justizminister Bürger befreit ist.

Reider vertritt heute ein ganz Teil Richter in ihrer Stellung zum Staate das vollständige Gegenteil von dem, was notwendig wäre.

Diese Richter werden heute noch nicht von dem menschlichen Empfinden getragen, wie es notwendig wäre, um sich das gegenseitige Vertrauen erworben zu können. Das rigorose Vorgehen gegen die Jmpfänger, namentlich in Plauen, gereicht der Justiz nicht zur Ehre.

(Schluß folgt.)

Hergts politischer Absturz

Aus Hannover wird uns geschrieben: Das Amt des Oberbürgermeisters in Hannover ist vor wenigen Wochen von der Stadtverordnetenversammlung ausgeschrieben worden. Eine große Anzahl deutscher Kommunalpolitiker hat sich um den Posten beworben. Außer dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Schmidt, hat auch der ehemalige Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion Dr. Hergt durch eine Mitteilung wissen lassen, daß er bereit sei, sofort seine Bewerbung einzureichen und eine eventuelle Wahl unmitelbar anzunehmen.

Die Absicht des ehemaligen Führers der Deutschnationalen, sich künftig hauptsächlich in der Kommunalpolitik zu betätigen, bestätigt, daß Dr. Hergt von seiner Fraktion nicht mehr viel Dank zu erwarten hat und ihm selbst jede Aussicht auf ein früher verlorenes Ministeramt als erledigt erscheint. Hergt ist als deutschnationaler Politiker schon jetzt vollkommen in den Hintergrund getreten. Er hat weder im Reichstag noch in seiner Fraktion oder seiner Partei irgend etwas zu sagen. Seine Bemühungen, es unter diesen Umständen wenigstens mit dem Amt eines Oberbürgermeisters zu versuchen, sind also vergeblich. Aber weder Schmidt noch Hergt haben Aussichten. Die hannoversche Rathsmehrheit hat nur deshalb den Sozialdemokraten Veinert mit allen Schikonen hinausgeschickt, um einen der Ehren auf den Posten zu setzen.

Vom Magdeburger Prozeß

Magdeburg, 17. März. Im Prozeß gegen den Verleumder des früheren Reichspräsidenten wurde eine Reihe Zeugen über die Vorgänge in Kiel vernommen. Sie betätigen nur Bekannte. Dann sagte Gustav Bauer, damals Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften, über die Haltung der Gewerkschaften zum Putscharbeiterstreik aus. Man habe den Streik nicht gebilligt, die SPD sei aber in die Streitleitung getreten, um Unruhen und Schädigungen zu verhindern und durch Verhandlungen den Streik zu beenden. Der Renegat Lotz erhebt stundlange Verdächtigungen gegen Partei und Gewerkschaften, ohne sie beweisen zu können. Allgemeines Unbehagen bemächtigt sich des Gerichts. Bauer erklärt, Oberst habe in jeder Weise zur Landesverteidigung gestanden. Oberst habe in kurzer Zeit zwei Söhne verloren. Der älteste war verwundet, der jüngste stand trotz seines 17. Lebensjahrs vor der Front. Da Frau Oberst sehr niedergeschlagen war darüber, hat Bauer dem verwundeten Reichspräsidenten selbst den Vorschlag gemacht, entsprechend den geltenden Vorschriften die Zurückziehung des zweiten Sohnes von der Front zu beantragen. Oberst habe das abgelehnt. Ohne sein Wissen sei er, Bauer, zu den Militärbehörden gegangen und habe den Fall vorgetragen. Tatsächlich sei der älteste Sohn dann hinter der Front verbannt worden. — Die Verhandlungen gehen Mittwoch weiter.

Ämliche Berliner Produkten-Notierungen

vom 17. März
Weizen, märk. 251—255 (252—256), Roggen, märk. 232 bis 234 (233—236), Gerste, Bran. 226—248 (235—255), Gerste, Futter. 205—228 (210—223), Hafer, märk. 182—187 (185—190), Weizenmehl 32,00—35,95 (33,00—36,75), Roggenmehl 31,75—34,25 (32,25—34,75), Weizen-Erbsen 24,00—29,00 (25,00—30,00). Die Ziffern in Klammern bedeuten Vortag.

Wasserstände der Moldau, Eger und Elbe

Wasserstand	16. 3.	17. 3.	Wasserstand	16. 3.	17. 3.
Moldau Kamak	+ 15	+ 10	Brandeis	+ 48	+ 37
Moldau Wabron	+ 40	+ 34	Melmitz	+ 11	+ 2
Eger Loun	+ 8	+ 16	Reimberg	+ 8	+ 10
Elbe Rimbürg	+ 98	+ 40	Kuffig	+ 98	+ 86
			Predsen	- 106	- 116

Leben • Wissen • Kunst

Theater

Theater am Meißner. In der deutschen Schwanindustrie herrscht Hochkonjunktur. Der Meißner ist lebhafter denn je, die Produktion entsprechend gesteigert. Die Firma Arnold und Bach hat das laufende Geschäftsjahr voranschrittlich mit einem stattlichen Gewinnplan abgeschlossen. Die schwedische Jungfrau ist eines ihrer solidesten Fabrikate, stabil gearbeitet, sorgfältig durchgearbeitet und im Betrieb durchaus zuverlässig. Es handelt sich da um drei Ehemänner, die allerdings dummbreiter machen und es am liebsten gar nicht gewesen zu sein scheinen. Die Wirtel erzählt der schwebende Wirtel von dem Regisseur Johnny Jefferson, dem Ehemann der schwedischen Jungfrau. Die Handlung ist geschickt aufgebaut und mit derben Eigen gezeichnet. Es wurde flott gespielt. Helob Redek, als Schwiegervater, gab sich liebenswürdig und selbstbewußt. Herr Klein machte aus einem Weinbändler eine typische Charakterstudie; das Rekonfessionum und die Berliner Schandbräutigam können ihm zu liegen. Auch Anna Schandler ist lebhaft zu erwähnen. Das übrige Ensemble plätscherte vergeblich in harmloser Trivialität herum. Resultat: Das Publikum schrie und stampfte vor Vergnügen. W. H.

Konzerte

Der Männergesangsverein Weisensee. Der unter Albert Finke eine beachtliche Entwicklung genommen hat, erregte mit seinem Dreifach-Konzert am 17. März das Interesse weiterer Musikfreunde. In der ersten Stadtbibliothek befindet sich die Handschrift eines noch unvollständigen Chorwerkes mit Orchester des einflussreichen Komponisten des Konservatoriums Felix Draeseke: Sautur im Werk. Die Weisensee brachte jetzt den ersten Teil zur Aufführung; der Werk, von dem jetzt, der den Slavischen Gesangschor begleitet, besteht aus drei Teilen, die den Slavischen Gesangschor begleiten. Er hat tatsächlich Stellen von dramatisch lebendigem Schwung, der herrlichen Art Wagner, auch eine Solopartie von hervorragender Diktion. Das Orchester ist nicht ganz so alt wie das der Dreifach-Konzerte, das immer genug beibringt. Die Weisensee ist eine vorzügliche Stimme. Nächste Frau, die das Sopranfach in Vertretung sang, fand sich gleich mit ihrer Stimme ab. Ein hochdramatischer Sopran wäre dem Werke natürlich am besten gewesen. Die Vorträge der Weisensee traten so recht deutlich in Strieners A-cappella-Bildern und dem Wandergesang der Hermannslied, der gleichfalls zur Aufführung kam, in hervorragender Weise. Auf dem Fettel lag man: Striegler sei Dreifach-Liebhaber geworden. Man, man kann ja sein Ich nicht ändern, das die Schöne Dreifach das beste Wort wird. Welche er jedoch nicht ummeintliche Musikalität, dann wären seine Sachen doch nur ein oder zwei oder klingende Schellen. Der Chor in der Fremde geht an dem vornehmsten, wirklich empfundenen Worten der ge-

lanten Männerchöre. Der Gardengelang, mit prächtigem Orchesterklang einigend, hat mit seinen naturhaften Motiven einen kernigen Charakter an sich. Hält aber in seiner zweiten Hälfte nicht ganz, was die erste verspricht. Des Sängers Fluch, die bereits erwähnte Ballade des Dichters Albert Kluge, ebenfalls eines Dreifach-Schillers, benutzte das erfolgreich durgeführte Programm. Burg, Weisensee überlebte, Schaffler wirkten noch als Solisten, Striegler als Dirigent mit.

Klavierabend Landolf. Alice Landolf spielte schon einmal im Volkshauskonzert. An ihrem ersten Abend, der neben ihres letzteren Vortrags, auch Stücke von Schubert brachte, fiel wieder die noch nicht genügende Beherrschung des Pedals auf. Schwung hatte ihr Vortrag idealistischer Länge von Chopin.

Vom Vortragstisch

Waldemar Bonick gab auf Veranlassung der Buchhandlung Strauß & Wittke einen Vortragabend im Amstaterhaus. Eigene Dichtungen, belagte das Programm. Vorgelesen aber wurden nur Teile von Dichtungen, nämlich ein Kapitel aus der Erzählung Amstel und die zwei ersten Akte eines noch unvollendeten und unbetitelten Schauspielers. Bei solcher Dichtung konnte es nicht wundernehmen, wenn der Abend einen etwas fragmentarischen Charakter bekam. Das Erzählungskapitel behandelte von dem Zusammenbruch von Mann und Weib, ohne für die psychologischen Vorgänge und für das Gedächtnis überhaupt, da der Faden der Geschichte sehr bald abgebrochen wurde, die beiden Dramen. Bonick läßt darin eine rote Linie auch die Charaktere in feine Kontinuität geraten. Beobachten und Charaktere wirken nicht überzeugend, eher unnatürlich und zuweilen sogar unheimlich. Man spürt irgenwie, daß der Dichter den dem Drama zugrundeliegenden Dingen nicht nahe genug sieht. Feinlich wirkten übrigens mißunter auch die Zuhörer.

Dresdner Kalender

Theater am 19. März. Oberhaus: Knechtstube B. (Monatsspiel). Volkshaus Nr. 7467 bis 7521. — Schauspielhaus: Für die Sonnabend-Abendstunden der Reihe B des 28. Februar: Lucifer (7 1/2) — Reizender Schauspielhaus: Dämmer in Strahlwink (7 1/2) — Reizender Theater: Grün und Liebe (7 1/2). Volkshaus Nr. 6851 bis 6909. — Theater am Waplaß: Die schwedische Jungfrau (8 1/2).

Der Wanderer ohne Ziel. Arur Oede, erzählt diesen Freitag (8) im Konzerthaus seine Abenteuer als Capaband in drei Ländern: Amerika, Kanada, Ostafrika, Somalia, Kapland und Swahili. Karten zu vollständigen Preisen im Residenz-Kaufhaus und an der Abendkasse.

von Greta Perrem-Ritsch. Am Völkchen-Kügel Dr. A. Czig Karten an der Abendkasse.

Stapfensammlung. Nächste Führung Donnerstag, 10 Uhr vormittags: Dr. Walter Müller: Die Kunst des Zeichnen (3.-1. Jahrhundert v. Chr.).

Kleine Mitteilungen

Max Bernick. In aller Stille wurde vor kurzem in München einer der bekanntesten deutschen Anwälte beiseite: Max Bernick. 1864 in Fürth geboren, ließ er sich nach Abschluß seiner Studien in der bayerischen Hauptstadt als Rechtsanwalt nieder und begründete durch den sogenannten Residenzprozeß, in dem es ihm nicht nur gelang, Freisprechung für den unfauldbig Angeklagten zu erwirken, sondern auch den wirklichen Täter freizusprechen, seinen Ruf als glänzender Verteidiger. Spätere Prozesse, auch außerhalb Münchens, u. a. in Dresden, brachten ihm weitere Lorbeeren. Im Arbeiterstreifen wurde er besonders bekannt durch seine Vertretung der Weisemühlener im Münchner Sozialistenprozeß der achtziger Jahre, in dem als Jüngling Wedel und Singer erlitten. Viel genannt wurde sein Name auch anlässlich des großen Sensationsprozesses Harden-Sulzberg, in dem seine wichtige Schärfe dem Herausgeber der „Jugend“ wichtige Dienste leistete.

Ein bekanntes Gebiet der Tätigkeit Bernicks bildeten literarische, künstlerische und publizistische Prozesse. Hier war er auch Mann in zweifacher Hinsicht: als Jurist und als Schriftsteller. Nicht nur, daß er mit der Feder sich vor dem Forum der Öffentlichkeit als literarisch-juristischer Streifen äußerte, nicht nur, daß er zeitweise Theaterkritiker war, als welcher er später für die heißbelegte Junge Generation eintrat, — er war auch Verfasser eines guten Dutzends Bühnenstücke, von denen „Blau“ und „Mittelsollinger“, ebenfalls Unterhaltungsstücke im Stile Kluge, am bekanntesten geworden sind. Seine Frau ist übrigens ebenfalls eine erfolgreiche Bühnenschriftstellerin. Sie vertrat sich hinter dem Pseudonym Ernst Rosmer; von ihr stammt neben anderem das Drama „Johannes Vermeer“ und das Märchenstück „Königshinder“, das Quimper als Lyriker für seine gleichnamige Oper diente.

Ein Lehrstuhl für Soziologie in Leipzig. Wie wir hören, soll demnächst die Einweihung über die Vertagung des an der Universität Leipzig zu errichtenden Lehrstuhls für Soziologie herbeigeführt werden. So sehr die Schaffung einer bezahlten, für die moderne Erziehung der Studenten unerlässlichen Professur zu begrüßen ist, so sehr kommt es aber auch auf die Persönlichkeit an, die berufen wird. Sie ist nicht vor allem durchzugehen gegen die Leipziger Hochkultur, die natürlich von Soziologie über, wie sie ein Leipziger Universitätsprofessor geistreich angedeutet hat, von allem, was mit „Sozi“ beginnt, nichts wissen will, durchziehen. Wir erinnern an Männer wie Max Weber, Goldscheid und Ledebur, die als Soziologen zu tun zu sehen. Was sollte uns ein Lehrstuhl für Soziologie, wenn dort alles andere, nur nicht Soziologie gelehrt